

vorwärts:

Wir in Schleswig-Holstein



schoizphoto.de

Auszubildende im Friseurbetrieb: Handwerk mit niedrigen Löhnen.

AfA: mindestens 7,50 Euro

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) befürwortet einen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro brutto pro Stunde. Bei einer 38,5-Stunden-Woche wären das 1250 Euro brutto im Monat oder etwa 930 Euro netto.

In Deutschland arbeiten nahezu 30 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten im Niedriglohnbereich. Sie erhalten Löhne, die unterhalb von 75 Prozent des Durchschnittseinkommens liegen. Die Auswirkungen von Hartz IV, die Verschärfung der Zumutbarkeitskriterien sowie die Ausweitung der Arbeitsmöglichkeiten (Ein-Euro-

Jobs) erhöhe den Druck auf die Löhne, so der AfA-Bundesvorstand. Damit werde eine Lohnspirale nach unten geöffnet, deren Ende kaum absehbar sei.

Mit einem Bruttomindestlohn von 1250 Euro würde sich Deutschland im europäischen Rahmen bewegen. Von den bisherigen 15 EU-Mitgliedsstaaten verfügen neun Länder über einen gesetzlichen Mindestlohn. Die Erfahrungen der anderen europäischen Staaten zeigten, dass ein gesetzlicher Mindestlohn weder zu Beschäftigungseinbrüchen führe, noch die Tarifautonomie beschädige. ■

Konzepte für den Mindestlohn

Immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind betroffen: Ihr Stundenlohn ist so niedrig, dass sie in die Armut abrutschen. Die Diskussion über Mindestlöhne, Kombilöhne und andere Modelle ist eröffnet.

„Wir brauchen Mindestlöhne, weil die Tarifbindung abnimmt und der Konkurrenzdruck im europäischen Binnenmarkt immer stärker auf die Löhne drückt“, sagt Schleswig-Holsteins Arbeitsminister Uwe Döring. Mit dieser Position findet er breite Unterstützung.

In der Frage, wie das Minimaleinkommen aussehen soll, gibt es unterschiedliche Vorstellungen. „Die Meinungen prallen aufeinander“, so das Fazit von Kreisvorstandsmitglied Jörg Breitsprecher nach einer Diskussionsveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) im Kreis Pinneberg. Eine Grundfrage sei, ob der Mindestlohn in

erster Linie Existenzsicherung gewährleisten oder Lohndumping verhindern solle, erläutert Landtagsabgeordneter Thomas Hölck.

Der Bundesvorstand der AfA fordert einen Stundenlohn von 7,50 Euro brutto. Vergleichbare westeuropäische Länder hätten Mindestlöhne zwischen sieben und acht Euro pro Stunde. Peter Struck, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, sieht den Mindestlohn „irgendwo zwischen vier Euro und 7,50 Euro“ und eine Kombination aus Mindestlohn, Kombilohn und anderen gesetzlichen Elementen.

Arbeitsminister Uwe Döring spricht sich gegen einen gesetzlichen Festbetrag aus.

Er favorisiert Mindestlöhne, die sich an den Tarifverträgen der jeweiligen Branche orientieren.

Der AfA-Landesvorsitzende Wolfgang Mädler bringt einen weiteren Weg ins Gespräch. Der Gesetzgeber sollte – auch gegen den Widerstand von Arbeitgebern – Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklären. Die bundesweite Tarifregelung für Leiharbeiter gäbe dabei das untere Limit für Bereiche ohne Tarifvertrag.

Das Ergebnis der Diskussionen auf allen Ebenen der Partei ist noch offen. Das Ziel aber ist klar: gerechter und auskömmlicher Lohn auch für einfache Tätigkeiten. ■

Uwe Döring: 80 Prozent vom Tarif

Arbeitsminister Uwe Döring hat sich entschieden gegen Überlegungen gewandt, einen starren gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. „Ist der Mindestlohn zu niedrig, bewirkt er nichts, ist er zu hoch, entstehen Beschäftigungsbarrieren und Arbeitsplätze werden gefährdet. Das kann im Ergebnis niemand wollen“, begründet Uwe Döring seine Überlegungen.

Ein starrer, einheitlicher Mindestlohn für ganz Deutschland werde den unterschiedlichen Verhältnissen in den Regionen und Branchen nicht gerecht. „Den Friseur im Bankenviertel von Frankfurt/Main und die Friseurin an der polnischen Grenze in Frankfurt/Oder kann man nicht über einen Kamm scheren.“

In einem Konzeptpapier konkretisiert der Minister seinen Vorschlag für die Einführung relativer und branchenspezifischer Mindestlöhne, die sich an den Tariflöhnen orientieren. Dort, wo keine Tarifbindung bestehe, dürfe ein Lohn nicht mehr als 20 Prozent vom entsprechenden Tariflohn abweichen. Damit wäre ein einfacher und dennoch flexibler Grundschutz gegen ausbeuterische Löhne gewährleistet. „Reicht ein Lohn trotzdem nicht für ein auskömmliches Einkommen, müssen wir auf andere Weise helfen, zum Beispiel durch ergänzendes Arbeitslosengeld II, Kombilöhne oder höhere Hinzuverdienstgrenzen.“

Neben einem Mindestlohn müssten außerdem



Uwe Döring: Mindestlohn an Tarifverträge koppeln.

noch weitere Maßnahmen gegen Niedrigstlöhne ergriffen werden. Wichtige „Stellschrauben“ seien das Arbeitnehmer-Entsendegesetz, die Allgemeinverbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen und Tariftreueregelungen im Bereich öffentlicher Auftragsvergabe. ■

Neumünster will kreisfrei bleiben

Die Stadt Neumünster soll weiter kreisfrei bleiben. Das hat der Kreisparteitag der SPD am 3. März beschlossen. Mit dieser Position soll die Rolle der Stadt als Entwicklungsschwerpunkt und Brücke zwischen den Landesteilen gestärkt werden. „Wir sehen die Stadt daher in einer perspektivischen Brückenfunktion, indem sie Entwicklungsimpulse aus der Metropolregion zum Nutzen der Stadt selbst aber auch der Region in die nördlichen Landesteile vermittelt und umgekehrt“, heißt in dem Beschluss. Die Autobahn 7 habe die Funktion einer „prägenden Entwicklungsschneise“.

Ein weiterer Beschluss fordert eine konsequente Gebietsreform in Schleswig-Holstein. Die Neuordnung solle „ohne Beachtung der derzeitigen vorhandenen Kreis-, Stadt- und Gemeindegebietsgrenzen“ erfolgen. Stattdessen seien die Verflechtungen, Ausrichtungen und Orientierungen der Bürger zu den Ballungszentren zu beachten und zugrunde zu legen: „Da, wo der Bürger arbeitet, einkauft, wo er seine sportliche und kulturelle Freizeit verbringt und wo seine Kinder zur Schule gehen, liegt sein Orientierungsmittelpunkt und daran muss sich die Gebietsschneise eines Landes orientieren.“ ■

Verwaltungsstrukturreform: Regionalkonferenzen der SGK

Die SGK-Schleswig-Holstein lädt zu drei Fach-Konferenzen mit den Spitzen des Innenministeriums ein.

Die Veranstaltungen beginnen jeweils um 18 Uhr mit dem Referat des Ministeriumsvertreters, danach gibt es einen kleinen Imbiss, anschließend ist eine ausführliche Diskussion vorgesehen. Das Ende ist für spätestens 21 Uhr eingeplant.

23. März, Bad Segeberg

Jugendbildungsstätte „Mühle“, Theaterstudio, An der Trave 1-3, 23795 Bad Segeberg. Mit Abteilungsleiter Ulrich Gudat.

4. April, Schleswig

Hotel Strandhalle, Strandweg 2, 24837 Schleswig. Mit Innenminister Dr. Ralf Stegner. Anmeldungen bitte an die SGK, c/o SPD-Büro Schleswig, Königstraße 4, 24837 Schleswig.

ANZEIGE

Kabarett am Aschermittwoch



Mit Temperament und Witz heizte Innenminister Ralf Stegner dem Publikum beim politischen Aschermittwoch in Marne ein.

Am 1. März wurde in Marne die Karnevalssaison traditionell mit dem politischen Aschermittwoch der Landes-SPD und der Landes-AfA abgeschlossen. Knapp 200 Gäste kamen zum neunten Mal in die Marner Tonhalle im Kreis Dithmarschen.

Als „politischer“ Gast kam dieses Jahr Innenminister Dr. Ralf Stegner, der mit der Kabarett-Truppe „Die Staatisten“ das närrische Treiben in Politik und Gesellschaft ordentlich aufs Korn nahm. Ralf Stegner war als „Kellner Wolfgang“ verkleidet und servierte unter anderem „Miss

Aschermittwochs unbedingt wieder kommen!“.

Nach altbewährtem Rezept tanzten Tanzmariechen Gardetanz, es wurden Büttreden gehalten und auch das Männerballett „De Marner Plattfeut“ stand wieder im Tütü auf der Bühne. Karl-Heinz Luckhardt, Kieler Oberbürgermeister a.D., präsentierte mit Gitarre politisches Liedgut und erntete viel Applaus. ■

Regional und ganz nah dran

Veranstaltung zur
Verwaltungsstrukturreform
mit Innenminister Dr. Ralf Stegner.
Rendsburg, Hohes Arsenal
22. März, 19 Uhr

Angie“ ein herrliches „Dinner for one“, las die Nachrichten der Tageschau und warf singend „Klingelklingel klingelklingel, hier kommt der Austermann!“ bunte Plastikeier ins Publikum.

Auch die großen Koalitionen in Land und Bunden wurden auf die Schippe genommen, denn „alles hat ein Ende nur die Wurst hat zwei“. Ralf Stegner und die Staatisten wurden mit Standing Ovations für ihr knapp eine Stunde dauerndes Bühnenprogramm belohnt und einige Stimmen wurden lauter: „Ralf Stegner muss nächstes Jahr zum 10-jährigen Jubiläum des politischen

Seminare

„Fit fürs Ehrenamt“

Die Trainingsreihe „Fit für das Ehrenamt“ bietet neu gewählten Vorsitzenden und ihren Stellvertretern in drei Modulen den Erwerb von Kernkompetenzen:

25. bis 27. August

Zielorientierung und rechtliche Grundlagen politischen Managements

15. bis 17. September

Projektmanagement und Präsentation

3. bis 5. November

Zeitmanagement und Gesprächsführung
Das Seminar findet in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte, Bad Malente, statt.

Anmeldung:

SPD-Landesverband, Elfriede Marx,
04 31/9 06 06-46, elfriede.marx@spd.de

Neue Termine für Kommunal-Akademie

Aus organisatorischen Gründen mussten die Termine für die Kommunal-Akademie Schleswig-Holstein nochmals geändert werden:

28. bis 30. April

23. bis 25. Juni

15. bis 17. September

6. bis 8. Oktober

Jusos als Denkfabrik für die Gemeinschaftsschule

Der Arbeitskreis Bildung beim Juso-Landesvorstand hat ein Positionspapier zur „Gemeinschaftsschule“ erarbeitet. Juso-Landesvorsitzender Thorsten Nissen (26): „Schleswig-Holstein könnte hier Meilensteine setzen. Wir wollen die Gemeinschaftsschule Stück für Stück realisieren.“ Die Jusos wollen besonders den Bürgerinnen

und Bürgern in unserem Land die Vorstellung einer vernünftigen und gerechten Bildungspolitik vermitteln. Die Gemeinschaftsschule sei auf dem besten Weg, von einer breiten Mehrheit im Land getragen zu werden. Die Juso-Landeskonferenz am 4. März wählte Katharina Klein (29) neu in den Juso-Landesvorstand. ■



Juso-Landesvorsitzender Thorsten Nissen, Katharina Klein, Juso-Kreisvorsitzender Pinneberg Jan Schröder (von links, Foto: Kummerfeldt).

Es gilt der Koalitionsvertrag

Es „kneift“ zwar an einigen Stellen, aber insgesamt funktioniert die große Koalition in Kiel gut. Und ich bin zuversichtlich, dass sie in dieser Legislaturperiode wichtige Reformen umsetzt und die Konsolidierung des Haushaltes voranbringt.

Die größten aktuellen Vorhaben sind derzeit – neben der Aufstellung des Doppelhaushalts 2007/2008 – die Verwaltungsstrukturreform, die Schulgesetznovelle und die Änderung des Hochschulgesetzes. In diesen Punkten geht es um entscheidende Inhalte.

Die SPD hat sich deshalb klar positioniert auf:

- die rechtliche Absicherung der Gemeinschaftsschule,
- eine Mindestgröße von 8.000 Einwohnern für Ämter,
- die Verlagerung von Landesaufgaben auf die kommunale Ebene,
- die organisatorische Zusammenfassung der Erledigung bestimmter Kreisaufgaben in kommunalen Verwaltungsregionen,
- keine Aushebelung der Mitbestimmungsrechte der Mitarbeiter und der Studierenden an den Hochschulen,

- keine Einführung von Studiengebühren.

In der CDU gibt es, sowohl was die Einführung der Gemeinschaftsschule als auch die Verwaltungsstrukturreform angeht, innerhalb der Partei spürbaren Widerstand. Ich bin jedoch zuversichtlich, dass sich unser Regierungspartner an den Koalitionsvertrag hält.



Nicht zufrieden sein können wir mit der Entwicklung im Umweltbereich. Hier prescht der Umweltminister vor. Da jedoch Erlasse und Verordnungen Regierungshandeln sind, ist der Einfluss der Fraktion begrenzt, soweit es um Positionen geht, die dem Koalitionsvertrag nicht widersprechen. Den Entwurf eines Landesnaturschutzgesetzes werden wir genau unter die Lupe nehmen und dort, wo es eine Abweichung vom Koalitionsvertrag gibt, nicht zustimmen.

*Lothar Hay
Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion*

Olof-Palme-Preis für Tansania-Projekt

Der diesjährige Olof-Palme-Friedenspreis des SPD-Kreisverbands Stormarn geht an den Tansania-Förderverein des Kreisgymnasiums Bargtheide. Der

schwedische Botschafter Dr. Carl Tham hielt die Festrede. Kreisvorsitzender Martin Habersaat betonte die Bedeutung der Völkerverständigung. ■



Schulleiter Hans Ilmberger, Kuratoriums-Mitglied Rüdiger Nehberg und Kreisvorsitzender Martin Habersaat (hinten von links), Mareike Eggert, Sebastian Kutzner und Luise Welker vom Schülerprojekt und Schulsekretärin Ursula Brandt (vorne).

Lübeck bestätigt Wolfgang Baasch im Amt

Wolfgang Baasch wurde am 18. Februar vom Lübecker Kreisparteitag im Amt als Kreisvorsitzender bestätigt. Auch seine Stellvertreterin Cornelia Östreich und Schatzmeister Gerhard Burmester wurden wiedergewählt.

Intensiv wurde die Situation der Menschenrechte diskutiert. Der Parteitag fordert ein absolutes Folterverbot in der Verfassung. Die SPD-Spitze soll sich energisch für die Auflösung des Lagers Guantanamo einsetzen. ■

Dithmarschen:

Wechsel im Vorstand

Angelika Hansen-Siebels ist die neue Kreisvorsitzende in Dithmarschen. Die Delegierten des außerordentlichen Kreisparteitags am 2. März in Meldorf wählten die bisherige stellvertretende Vorsitzende an die Spitze des Kreisverbands. Als einen ersten Arbeitsschwerpunkt kündigte sie an, die Zusammenarbeit zwischen Kreisverband und Ortsvereinen zu intensivieren.

Ihr Vorgänger Detlef Buder wurde mit „Standing

Ovations“ verabschiedet. Nach neun Jahren hatte er die Funktion abgegeben, um die Weichen für die Kommunalwahlen zu stellen. Der Landtagsabgeordnete bleibt weiter stellvertretender SPD-Landesvorsitzender.

Als stellvertretender Kreisvorsitzender wurde der 21-jährige Juso-Kreisvorsitzende Fait Stakerjahn nachgewählt. Weiter ziehen Christina Arndt (32) und Kristian Esch (25) neu in den Kreisvorstand ein. ■

Betriebsratswahlen

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) fordert alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf, die Betriebsratswahlen aktiv zu unterstützen. Die betriebliche Mitbestimmung sei ein Eckpfeiler unserer sozialen Wirtschaftsordnung. ■

Termine

25. März, 10 Uhr

Kommunalpolitische Konferenz zur Verwaltungsstrukturreform im Kreis Steinburg. Oelixdorf, „Unter den Linden“.

5. April

Tag der älteren Generation

22. April, 10 Uhr

Ordentlicher Kreisparteitag Stormarn. Lütjensee, Restaurant am Waldstadion.

22. April, 10 Uhr

Kreisparteitag Plön „Sozialer und familienfreundlicher Kreis Plön“. Schönkirchen, Heucks Gasthof.

27. April

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) Schleswig-Holstein, ordentliche Mitgliederversammlung